

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spaltige Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 53

Stolp, Freitag, den 4. März 1927

51. Jahrgang

Das Ende der Kriegsschuldfrage.

Berlin, 3. März. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstaltete mit dem deutschen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldfrage am Donnerstagabend im Reichstage eine Feier aus Anlaß der Altenspublikation des Auswärtigen Amtes über die Vorgeschichte des Krieges.

Nachdem Gouverneur Dr. Schnee die zahlreich Erschienenen begrüßt hatte, ergriff

Reichskanzler Marx

das Wort. Er habe, so führte der Reichskanzler aus, schon in einem Beitrage zu der vom Arbeitsausschuß herausgegebenen Festschrift dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß die Enttüllung der Wahrheit über die Vorgeschichte des Weltkrieges eine Tat im Sinne der Völkerverständigung sei. Ohne Annahme dürften die Deutschen es mit berechtigtem Stolz aussprechen, daß sie die ersten gewesen seien, die den Weg zur Enttüllung der Wahrheit betreten hätten. Ohne Rücksicht auf sich selbst habe Deutschland die Schleier von seinen Geheimnissen gelüftet und drei einwandfreien Gelehrten die bisher sorgfältig verschlossenen Archive geöffnet. Deutschland wolle so der Welt die Möglichkeit geben, die Wirklichkeit klar zu sehen. Auf diese Weise hoffe es, den großen Streit um die Verantwortung von dem Gebiet der Leidenschaft in das Gebiet der ehelichen Einsicht hindüberzuführen. Denn nur dort könne eine Klärung und ein wahrhaftiges Urteil gewonnen werden.

Es dürfe wohl heute schon festgestellt werden, daß auf Grund der veröffentlichten Akten der politischen Epoche von 1871 bis 1914 niemand mehr an den Verschuldigungen festhalten könne, die eine hakenförmige Kriegspraganda gegen Deutschland über die ganze Welt verbreitet habe.

Gerade hierin aber erblicken die Deutschen einen großen Fortschritt zugleich im Sinne der Völkerverständigung.

Sodann dankte der Reichskanzler den Herausgebern, Dr. Thimme und Professor Mendelssohn-Bartholdy, für die von ihnen geleistete Arbeit. Auch sprach der Reichskanzler Oberst Schwertfeger, der durch seine „Begeisterungs-Bände“ die Altenspublikation ergänzt hat, seinen Dank aus.

Zu Dienste der Wahrheit.

Berlin, 3. März. Aus der anfänglich des Abschlusses der Altenspublikation des Auswärtigen Amtes von dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände herausgegebenen Schrift „Die Dienste der Wahrheit“ bringen wir außer den schon mitgeteilten Äußerungen von Hindenburg, Marx und Stresemann noch einige andere Zuschriften.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Schubert schreibt: Der nächste Zweck der Altenspublikation des Auswärtigen Amtes ist, endlich eine unparteiische Beurteilung der Kriegsschuldfrage herbeizuführen. Sie soll aber den Blick der Politiker nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch in die Zukunft lenken. Wenn völlige Klarheit über die Entstehung des Brandes von 1914 geschaffen wird, so ist dies der sicherste Weg, um die Wiederholung eines solchen Unglücks zu verhindern. Aus diesem Grunde ist die allseitige Ausbedung der Vorkriegspolitik von unschätzbarem Wert für künftige Geschlechter.

Interessieren wird auch, was der Vorkriegskanzler Fürst von Bülow aus Rom schreibt:

„Möge die von uns in die Wege geleitete und mit deutscher Gründlichkeit durchgeführte Altenspublikation den Erfolg haben, die durch den Versailler Vertrag kodifizierte Schuldfrage und die damit verbundene wahrheitswidrige Behauptung von der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands an Ausbrüche des Weltkrieges aus der Welt zu schaffen. Möge so auch das Maß der Verantwortlichkeit, das die Entente trägt, allseitig erkannt und gewürdigt werden.“

G. v. Jagow betont die Ungeheuerlichkeit des einseitigen Schuldspieles. Die Ministerpräsidenten von Preußen, Bayern und Württemberg nehmen gleichfalls in einigen Äußerungen Stellung zur Bedeutung der Publikation.

Graf Westarp zur politischen Lage.

Frankfurt a. M., 3. März. Heute fand hier eine stark besuchte öffentliche Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei statt, in der auch Graf Westarp zur politischen Lage das Wort ergriff.

Der Redner betonte, daß die Räumung von Rhein und Saar von der Regierung und den Parteien als die dringlichste außenpolitische Aufgabe des Augenblicks angesehen werde. Auf das letzte Interview Briand's eingehend, erklärt der Redner, daß Briand dem Locarno-Vertrag eine Auslegung gebe, die vom deutschen Standpunkt aus nicht anerkannt werden könnte. Unrichtig sei, daß Deutschland durch grundsätzliche Anerkennung seiner Westgrenzen auf jede weitere Entwicklung im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verzichtet und daß sich Frankreich das Recht vorbehalten habe, in die er-militarisierte Zone zur Unterstützung seiner polnischen und tschechischen Verbündeten einzumarschieren. Zur Beruhigung jeder französischen Sorge um Frankreichs Sicherheit hätte Bri-

and nur die volle Entwaffnung Deutschlands inmitten einer waffenstarken Welt und den Verzicht Deutschlands auf jede militärischen Grenzveränderungen, sowie die Garantie dieses Verzichts durch die Locarno-Mächte hervorzuheben brauchen. Diese Vorleistungen Deutschlands sollten nun endlich zur Räumung des Rhein- und Saargebietes führen. Von einer Verwirklichung des Verständigungsgebändens könne nicht die Rede sein, solange deutsches Land von fremden Truppen besetzt sei. Zu begrüßen sei, daß in der letzten Zeit der Gedanke an ein sogenanntes Ostlocarno amtlich nicht in den Vordergrund getreten sei und daß in allen Parteien der Reichstages volle Übereinstimmung herrsche, daß ein „Ost-Locarno“ für Deutschland undenkbar sei. Der Redner weist darauf hin, daß Weichsel und Rhein Gefangene fremder Nationen seien und betont die Unhaltbarkeit der im Osten geschaffenen Verhältnisse, namentlich des abgetretenen Ostpreußens und des zerrissenen Ober-Schlesiens.

Bei seinen Ausführungen zur Innenpolitik erklärte der Redner, daß für den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung die Ausschaltung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Staats-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik maßgebend gewesen sei. Das Wirtschaftsprogramm der Regierungserklärung habe mit seinen Ausführungen über eine auf Steigerung der Produktion und Kräftigung des Binnenmarktes gerichtete Politik der deutschnationalen Auffassung Rechnung getragen. Zu den Voraussetzungen einer solchen Politik gehöre auch die Sicherung eines ausreichenden Ertrages der Landwirtschaft durch intensive Wirtschaft. Der Redner betont darauf das Verständnis der Deutschnationalen für die Sozialpolitik, das bei ihr ebenso groß sei, wie bei irgendeiner anderen Partei. Die soziale Gesetgebung müsse jedoch von sozialdemokratischen Ueberreibungen freigehalten werden. Die Deutschnationalen Partei betrachte die Verhütung der Radikalisierung der christlichen und nationalen Arbeiterschaft als ihre Aufgabe.

Reudells Programm.

Erklärungen im Haushaltsausschuß.

Bei der Weiterführung der Beratung des Haushalts des Innenministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstages gab am Donnerstag Reichsinnenminister v. Reudell zunächst Auskunft über den Stand der

Verwaltungsreform.

Er führte u. a. aus:

Die Reform soll zunächst eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Rechtsprechung des Reiches auf öffentlich rechtlichen Gebiet umfassen. Der neue Entwurf über die Schaffung des Reichsverwaltungsgerichts unter Einbeziehung des Reichswirtschaftsgerichts, des Bundesamtes für das Heimatwesen und der verwaltungsgerichtlichen Aufgaben des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik liegt dem Reichsrat vor.

Grundsätze über den Beamtenaustausch mit den Ländern sind vereinbart worden. Für den Nachwuchs in den Reichsministerien ist der Grundsatz aufgestellt worden, daß künftig nicht mehr die jungen Assessoren bis an ihr Lebensende im Ministerium bleiben dürfen, sondern daß sie nur kommissarisch vom Lande übernommen und nach drei Jahren spätestens dorthin zurückgegeben werden. Sie werden dann dort Richter oder Regierungsräte. Später können dann die Reichsministerien auf sie zurückgreifen mit der Absicht der endgültigen Übernahme.

Zur Verlängerung des Republiksschutzgesetzes sei vom Kabinett noch nicht Stellung genommen. Die Frage werde im Justiz- und im Innenministerium geprüft. Die Frage der Rückkehr des Kaisers werde bei Prüfung des Republiksschutzgesetzes beraten werden. Wegen der Stellung zur Konfessionsfrage besaß sich der Minister auf die W. L. V.-Mel-dung vom 7. Februar.

Das Ministerpensionsgesetz werde voraussichtlich bald dem Reichsrat zugucken. Die Frage des Reichsehrenmals werde gefördert. Von seinen Beamten verlange er die gleiche beziehende Einstellung zum neuen Staat, wozu er sich selbst befenne. In der Grob-Hamburg-Frage sei er weiter zur Vermittlung bereit. Zur Wahlrechtsreform, für die zwei Entwürfe existierten, hätten weder das Kabinett noch er Stellung genommen. Das Grundschulgesetz werde demnächst dem Reichstage zugucken.

Auf eine an ihn gerichtete Frage erklärte Minister Reudell noch, daß er seit Gründung der Deutschnationalen Volkspartei der Deutschkonservativen Partei nicht mehr angehöre. Die Frage war veranlaßt durch eine vor einigen Tagen veröffentlichte Kundgebung der Deutschkonservativen Partei, die ein erneutes Bekenntnis zur monarchischen Idee enthielt.

Abg. Steinkopf (Soz.) fragt nach dem Verhalten gegen Olympia usw. Es sei keine Gefinnungsschwücherei, wenn man bei leitenden Beamten auf ihre Einstellung zum neuen Staat Gewicht legt. Die alten Hoheitszeichen an den Grenzen müssen durch die neuen Reichsfarben ersetzt werden. Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Wir verlangen von der Leitung des Reichs-

ministeriums das rückhaltlose Bekenntnis zur Republik und zur Verfassung. Wir werden dem Ministerium mit voller Objektivität, aber auch mit aller Wachsamkeit gegenüberstehen.

Abg. Berndt (Deutschn.) bedauert, daß auch Dr. Schreiber sich so pointiert dahin ausgesprochen hat, daß der Beamte sich zur republikanischen Staatsform bekennen müsse. Minister Stütz hat zwar im vorigen Jahr zunächst ein Bekenntnis zur Staatsform gefordert, nachher aber auf meinen Einspruch diese Forderung nachdrücklich fallen lassen und lediglich ein innerliches Verbundenheit mit dem Staat verlangt. Unsere Stellung ist in der offiziellen Rede unseres Fraktionsführers Grafen Westarp zur Regierungserklärung offen dargelegt worden, ohne daß sie bei den Regierungsparteien beanstandet worden wäre. Weiß man nicht mehr wie viele monarchistische Offiziere zur Rettung des republikanischen Staates ihr Leben gelassen haben? Die Forderung, daß nur geprüfte Republikaner Personalreferenten sein dürften, müßte das ekelhafte Angebertum zur Folge haben.

Abg. Solmann (Soz.) beantragte, die Reichsregierung möge der Regierung des Freistaates Bayern ausgeben, die Verleihung von Titeln, die dem Artikel 139 der Reichsverfassung widersprechen, zu unterlassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Solmann nannte die Antwort des Ministers dankenswert, wenn sie auch noch nicht alles Mißtrauen beseitige. — Weiterberatung am Freitagvormittag.

Notetat für Arbeitsbeschaffung

Die Abgeordneten Dr. Windler und von Rohr haben, unterstützt von der deutschnationalen Fraktion im Landtage, den Antrag eingebracht, daß aus dem Haushalt für 1927 sämtliche Ausgaben für die Durchführung einer unmittelbaren Beschaffung des Arbeitsmarktes zu bewirken geeignet ist, in einem besonderen Notetat zusammengestellt werden, damit der Landtag über diesen Notetat schnellstens eine Vorwegentscheidung treffen kann. Ferner sollen alle ohnehin für dieses Jahr geplanten Kreditvorlagen gleichfalls dem Landtag zur beschleunigten Erledigung vorgelegt werden.

Die Durchführung dieses Antrages kann von außerordentlicher Bedeutung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden. Der Staat ist der größte Auftraggeber der Wirtschaft. Besonders das Baugewerbe hängt von ihm ab, während mit dem Baugewerbe wieder eine Fülle anderer Gewerbe in Verbindung stehen. Nun wideln sich die Beratungen des Landtages so schleppend ab, daß mit einer Bewilligung der staatlichen Ausgaben kaum vor Juli zu rechnen ist. Während nun aber die Beamtengehälter nach dem Gesetz fortgezahlt werden müssen, wenn auch der Landtag den Haushalt noch gar nicht bewilligt hat, muß bei allen staatlichen Arbeitsaufträgen die Genehmigung des Landtages abgewartet werden. Dies hat im vorigen Jahre dazu geführt, daß die staatlichen Bauaufträge erst Ende Juli ausgeschrieben und infolgedessen erst im Herbst begonnen werden konnten. Dem gleichen Uebelstand soll nun für dies Jahr mit dem deutschnationalen Vorstoß abgeholfen werden.

Alles, was Arbeit schafft, soll vorweg entschieden werden. Bei gutem Willen der Regierung und der Mehrheitsparteien (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) müßte es möglich sein, diese Beratungen bis Ostern zu erledigen, sodas spätestens im Mai die staatlichen Arbeiten einsetzen könnten. Mit den Anleihen liegen die Dinge ähnlich, auch sie werden mit dem Haushalt zusammen, also erst in einigen Monaten erledigt, wenn nicht der deutschnationalen Antrag jetzt eine Beschleunigung bringt.

Natürlich macht der Antrag der preussischen Regierung etwas Unbequemlichkeiten. Sie muß einen besonderen Notetat zusammenstellen. Es wird ihr auch nicht angenehm sein, daß gerade die Deutschnationalen, die doch in Opposition zur Regierung stehen, hier wieder einmal für Ordnung sorgen. Wir hoffen aber, daß diese lächerlichen Bedenken angesichts der schweren wirtschaftlichen Krisis zurückgestellt werden.

Die Dienstzeit der Beamten

Der Minister des Innern hat dieser Tage Vertreter der Beamtenorganisationen empfangen, um mit ihnen Fragen des Beamtenrechtes und der damit im Zusammenhang stehenden Dinge durchzusprechen. Dabei wurde auch auf die Schwierigkeit einer einheitlichen Dienstzeitregelung hingewiesen. Gegenwärtig liegen die Verhältnisse so, daß die Arbeitszeit der Beamten 48, 51 und 54 Stunden entprechend der Dienststellung der verschiedenen Behörden beträgt. Eine einheitliche Regelung sei schon deshalb besonders schwierig, weil z. B. bei den Gerichten nicht ohne weiteres der Achtstundentag festgelegt werden könne. Auch bei der Reichsbahn mache die Regelung ganz besondere Schwierigkeiten, da der Betrieb auch hier eine schematische Durchführung der Forderungen unmöglich mache. Die Beamtenorganisationen wollen nun, wie wir hören, auch mit der Reichsbahn in Verbindung treten, um dort die Forde-

zung zu erheben, die Arbeitszeit einheitlich festzusetzen. In den nächsten Tagen dürften bereits entsprechende Anträge dem Verwaltungsrat zugehen, der jedoch in dieser Frage nicht selbst entscheiden, sondern seine Reichsklasse zusammen mit den anderen Reichsbehörden treffen wird.

Der Minister erklärte sich unter Hinweis auf seine Ausführungen im Reichstage bereit, die Vorarbeiten für eine Gesamtreform der Beamtensoldatensatzung sofort in Angriff zu nehmen, damit diese in Kraft gesetzt werden könnte, sobald es die Wirtschaftslage gestatte. Der Wohnungsgeldzuschuß wird mit Rücksicht auf die am 1. April dieses Jahres bevorstehende Erhöhung der Miete entsprechend erhöht werden.

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Der Standpunkt der Arbeitgeber.

Das neue Reichskabinett hat bekanntlich vor einigen Tagen dem Parlament den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes vorgelegt, das den Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt in der nächsten Woche beschäftigen wird, das aber schon jetzt in der Öffentlichkeit einem starken Interesse begegnet. Nachstehend geben wir eine Zusammenfassung wieder, die uns aus interessierten Kreisen der Arbeitgebererschaft zugegangen ist:

„Wenn auch von Regierungsseite wie von einzelnen Koalitionsparteien erklärt wird, daß weder der Entwurf des Gesetzes zur Änderung der Arbeitszeitverordnung selbst noch die Vorschläge der betreffenden Parteien auf eine Wiederherstellung des starren Achtstundentages abzielen, so kann man sich doch der Besorgnis nicht erwehren, daß eine Aufhebung des Paragr. 11, Abs. 3 der Arbeitszeitverordnung Gesetz werden wird, damit die Mehrarbeit grundsätzlich verboten und unter Strafe gestellt werden könnte. Niemand zweifelt im Ernst daran, daß eine solche Aufhebung die Produktivität der deutschen Wirtschaft auf das schwerste beeinträchtigen wird. Der so geschaffene Zustand würde sich ja noch wesentlich ungünstiger darstellen, daß der durch die bekannte Verordnung vom 15. November 1918 geschaffene, denn die damalige, auf den Antrag der Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände zurückgehende Gesetzgebung ließ noch eine gewisse Beweglichkeit in der Anwendung des Achtstundentages bestehen, vor allem in der Form der Ausnahmegenehmigung durch die damaligen Denominationskommissionen. Ueberdies waren sich damals Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber einig, daß die Vereinbarung über den Achtstundentag nur dann dauernd durchgeführt werden könnte, wenn er für alle Industrieländer durch internationalen Abmachungen eingeführt würde.“

Man war sich aber damals, selbst im ersten Fieber der Revolution, durch die unlösliche Verbindung zwischen der Regelung der Arbeitszeit für Deutschland und der Frage der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt vollkommen klar — eine Erkenntnis, die den Gewerkschaften heutzutage abhanden gekommen zu sein scheint; denn sie verlangen die bedingungslose Einführung des starren Achtstundentages, obwohl ihnen doch bekannt sein mußte, daß dieser in den ausfallenden Industrieländern noch gar nicht eingeführt ist, wie in England und Amerika. Und während die Gewerkschaften 1923, als die Erwerbslosigkeit am größten war, selbst die Mehrarbeit als das einzige Heilmittel gegen die Erwerbslosigkeit bezeichnet und aus dieser Erkenntnis heraus ihre Zustimmung zu der bekannten Arbeitszeitverordnung erteilten, erwarten sie jetzt, bei der so traurigen Lage des Arbeitsmarktes, in allem Ernst von der Verkürzung der Arbeitszeit, die Rückführung des Arbeitslosenheeres in die Betriebe.“

Man darf hoffen, daß die Regierung noch in letzter Stunde die Gefahren erkennt, die das Verbot der Mehrarbeit und die Fixierung des starren Achtstundentages mit sich bringt, und daß die zum Teil sehr beachtlichen Vorschläge, die aus dem Schoße der Koalitionsparteien heraus zur Vermeidung dieser einheitlichen Schematisierung gemacht werden, die gebührende Berücksichtigung finden.“

Ein Fekken Papier.

Von Thea Malten.

(16. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten)

Es war bereits Abend, als George Tomkins erwachte und sich erstaunt in der fremden Umgebung umsah. Er war nüchtern, aber der Kopf war ihm leer wie eine hohle Aush, und nur nach und nach mit einiger Mühe entsann er sich der jüngsten Vorgänge. Bei der Erinnerung an sein offenes Geheimnis überkam ihn grenzenloses Mißbehagen. Wenn das Paniani es wüßte, dann war er gefesselt! Er mußte sich auf jeden Fall diesen Joe Moore zum Freunde halten, damit er nicht klatschte. Als er aber in die Tasche griff und das Gold in seinen Fingern fühlte, beruhigte er sich wieder. Unsinn! Joe Moore würde ihn nicht verraten, er war ja sein Freund! Vielleicht würde er sogar eines Tages ihm behilflich sein, diesen Paniani los zu werden. Man konnte nicht wissen, wie noch alles kam.

Der dienstbefähigste Stellener erschien und brachte George Tomkins sicher in einem Auto unter. Es war zu spät, als er zu Hause ankam. Man hatte seine Abwesenheit bemerkt, und Paniani erwartete ihn mit finsterner Miene.

„Wo warst du?“ fuhr er ihn an, als sie sich allein im Zimmer gegenüber standen. „Wo und mit wem hast du dich so lange herumgetrieben? Wer gab dir das Geld, dir ein Auto zu nehmen?“

George Tomkins schüttelte seinen Mut schwinden. „Man wird doch mal ein bißchen in der Stadt rumlaufen dürfen, ohne daß es ein Verbrechen ist“, brummte er kleinlaut.

Paniani stampfte mit dem Fuß. Die Aber auf seiner Stirn schwellte an. „Quatsch nicht solch dummes Zeug“, schrie er, „du bist nicht in der Stadt herumgelaufen! Du stinkst nach Alkohol wie ein altes Weinfäß!“ Wer gab dir das Geld zum Essen und zum Auto und wo warst du?! Sprich — oder ich schlag dir deine Knochen kaputt!“

Es war nichts mehr von Schönheit in diesem Gesicht, das Mut und Brutalität entstellte. Er hob die Faust, als wolle er seine letzten Worte sogleich in die Tat umsetzen, und George Tomkins duckte sich und verkroch sich in eine Ecke.

„Daß mich ungeschoren“, jaulte er. „Will dir ja alles erzählen. Ich wollte ein bißchen spazieren gehen — weiter nichts — man wird ja verrückt, wenn man immer eingesperrt sitzt. Und da traf ich einen von den Hochzeitsgästen, und er lud mich zu einer Flasche Wein ein — das ist alles — bei Gott!“

„Glenber alter Lügner“, riefte ihn Paniani an. „Jedes Wort, das du sagst, ist eine Lüge. Du hast während der Hochzeit außer den beiden deinen Weibern, neben denen du iustest, und mit denen du kaum drei Worte geredet hast, keine Seele kennen gelernt. Das Ding war noch nicht beendet, als du dich gedrückt hattest und dich in ein Nebenzimmer verflüchtetest.“

Sturz der mecklenburgischen Regierung

Schwerin, 3. März. WTB. In der heutigen Generalabstimmung über den Haushaltsplan 1927-28 wurde der Haushaltsplan mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Gegen den Plan stimmten die Rechte, die drei Wirtschaftler und der eine anwesende Kommunist. Die Regierung behielt sich trotz dem ihre Entschließung vor. Die Kommunisten stellten ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, das angenommen wurde. Die Regierung erklärte darauf ihren Rücktritt.

Ueber die Einzelheiten erfahren wir folgendes:

Die heutige Vollsitzung des Landtages brachte die entscheidende Wendung über das Schicksal des mecklenburgischen Haushaltsgesetzes. Als erster Redner ergriff der Führer der Deutschnationalen, Dr. von Dörger, das Wort. Er stellte fest, daß der vorliegende Plan die Grundzüge der Sparpolitik und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung vernünftiger lasse. Außerdem sei von der Regierung eine Finanzpolitik verfolgt worden, die scharf und unerschrocken war. Seine Partei sei daher nicht in der Lage, dem Haushaltsplan die Zustimmung zu geben. Die übrigen Rechtsparteien schlossen sich der Auffassung der Deutschnationalen an und lehnten einstimmig den Haushaltsplan ab. Auch die Kommunisten waren für die Ablehnung. Die Abstimmung führte dann zu dem oben erwähnten Ergebnis.

Frankreichs volle Kriegsbereitschaft.

Die übliche Hehe gegen Deutschland.

Paris, 3. März. Die Kammer hat heute vormittag die Diskussion über den Gesetzentwurf betr. die allgemeine Organisation der Nation für die Kriegszeit begonnen. Abg. Strohwies auf die Bedeutung des Entwurfes und darauf hin, daß die bei den Beratungen anwesenden Mitglieder des Heeresauschusses der Kammer einstimmig den Entwurf billigten. Der demokratisch-republikanischen Linken angehörige Fabru führte aus:

Der Entwurf lege ein Zeugnis von der vollkommenen Einheit bei der Organisation der nationalen Verteidigung ab. Er sei der Ansicht, daß das Ministerpräsidentium das wirkliche Verteidigungsministerium werde, von dem Heer, Marine und Luftfahrt abhingen. Deutschland, so führte der Abgeordnete weiter aus, sei zunächst in gewissem Maße entwaffnet, habe sich aber sehr ernste militärische Mittel erhalten. Alle mit Deutschland hinsichtlich dessen Entwaffnungsverhandlungen geschlossenen Abmachungen hätten auch viele Meinungsverschiedenheiten beiseite lassen, gleichviel, ob es sich um die Schutzpolizei, um die geheimen Verbände oder um die Festungen handelte. Dann ergriff der radikale Linke angehörige Abgeordnete Memier das Wort, der nach einem historischen Vergleich, der bis 1814 zurückging, erklärte, 1870 hätten sich die deutschen Heere auf französischem Gebiet weniger grausam gezeigt als in den Kriegsjahren 1914-1918 und die Frage aufwarf, ob im Falle eines neuen Einfalls die Räumung des Gebietes, auf das sich der Einfall erstreckte, durch die Zivilbevölkerung fakultativ oder obligatorisch angeordnet werde, welche Zivil- oder militärischen Autoritäten diese Räumung anordnen. Kriegsminister Painlevé antwortete darauf, er könne die Versicherung abgeben, daß die von Memier angeregte Frage vom Obersten Rat ernsthaft geprüft worden sei, und daß je nach den Ereignissen verschiedene Lösungen ins Auge gefaßt worden seien, um die Zivilbevölkerung vor den Schrecken des Krieges zu bewahren.

Kundgebungen gegen Baldwin.

Erregte Szenen an der Stätte der Grubentatastrophe.

Bei einer Besichtigung des von der Katastrophe betroffenen Ebbw Vale-Bergwerks war der englische Premierminister

wo ein Diener dich später fand, als du deinen Rausch ausschleiffst. Du mußt mich für sehr dumm halten oder selber sehr dumm sein, wenn du denkst, ich falle auf deinen Schwindel herein.“

„Es ist aber doch so“, beharrte George Tomkins, „und wir haben bei der Hochzeit in dem Zimmer zusammen gezecht — Joe Moore und ich — und heute fische er mich auf der Straße auf und nahm mich mit — wenn du nicht glauben willst, laß es bleiben, aber dransalzer mich deswegen nicht.“

„Joe Moore?“ sagte Paniani nachdenklich und den Ortappeten scharf fixierend. „Es war kein Joe Moore zur Hochzeit geladen. Wie kam der Mann hier ins Haus und was wollte er?“

Tomkins biß sich auf die Lippen. Donnerwetter, da hatte er eine Dummheit gemacht. Den Namen hätte er nicht nennen dürfen, denn nun würde ihm Paniani sicher auf irgend eine Weise den neuen Freund abspenstig machen. Er schien da überhaupt etwas nicht zu stimmen, und unter Panianis durchbohrenden Blicken wurde es ihm höchst ungemütlich.

In seinem ohnmächtigen Zorn brummte George Tomkins etwas Unverständliches und versuchte sich gegen die Tür hin in Sicherheit zu bringen.

„Ich sehe, daß du dich mit verdächtigen Individuen herumtreibst“, fuhr Paniani mit großer Schärfe fort, „ein Grund mehr, dich noch strenger unter Aufsicht zu halten als bisher. Zu deinem eigenen Heil rate ich dir, dich widerstandslos meinen Anordnungen zu fügen — du weißt, was dir sonst blüht. Was es mit dem Joe Moore für eine Verwendung hat, werden wir bald heraus haben. Scher dich jetzt auf deine Zimmer und rühr dich nicht ohne meine Erlaubnis vom Fleck, wenn dir dein Leben lieb ist.“

George Tomkins verließ den Raum mit bedenklich zitternden Knien und dem unangenehmen Gefühl, ein blankes Messer an der Kehle zu haben. Aber in der Tasche ballte er die Fäuste, und sein Haß gegen seinen Unterdrücker stieg bis zum Siedepunkt.

10.

Am nächsten Morgen telephonierte Paniani ins Savoy-Hotel und verlangte Mister Joe Moore zu sprechen. Er erhielt den Bescheid, daß Mister Moore abends zuvor mit dem Express nach Baltimore abgereist sei. Nähere Adresse unbekannt. Mit dieser unbefriedigenden Auskunft mußte Paniani sich zufrieden geben, aber sein Verdacht war wach geworden. Er fühlte den Feind, ohne zunächst Waffen zu haben, gegen ihn zu kämpfen.

Indes traf er seine Vorsichtsmaßregeln, und das prunkvolle Haus, scheinbar nur geschaffen, um ein Wohlleben darin zu führen, alich in Wahrheit einer Festung, die sich gegen Belagerung gesichert hat. Die Dienstboten bis auf Mrs. Klinger bildeten eine wohl organisierte Truppe, in der die strengste Disziplin herrschte und deren Haupt Sandra Paniani war. Sein Organisationsstalent, die süßeste Macht, die er über seine

Baldwin der Gegenstand höhnischer Kundgebungen der Bergarbeiter. Wie die Blätter melden, hatten die Einwohner von Dwn von dem geplanten Besuch des Premierministers gehört und strömten in beträchtlicher Zahl zu dem Schacht. Als der Premierminister vorfuhr und aus seinem Wagen stieg, wurde er mit Hohnrufen empfangen, die noch stärker wurden, als er wieder abfuhr.

Unter anderem wurde dem Premierminister zugesprochen: „Barum gehen Sie denn nicht selbst in den Schacht hinunter.“ Einige Bergarbeiter riefen: „Gebt ihm einen guten Stein!“ und andere: „Wie ist es mit dem Achtstundentag!“ und „Wo ist Ewan Williams?“ (der Führer der Rechenbesitzer).

Der Premierminister war äußerst erregt, verhielt sich jedoch vollkommen ruhig. Wie die Blätter melden, betrug die Zahl der demonstrierenden Bergarbeiter mehrere Hundert. Baldwin war ohne Hut und rauchte seine Pfeife. Eine Zeitlang standen er und seine Frau ganz allein zwischen den Bergarbeitern. Die Frau des Premierministers schien dem Weinen nahe und klammerte sich an den Arm ihres Mannes.

Vermischtes.

Aufseher zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Jugendvernehmung wegen des Eisenbahnunfalls am Münchener Ostbahnhof wurde von verschiedenen Zeugen bekundet, daß das Modsignal auf Halt stand und daß dem von dem Angeklagten Aufseher geführten Zuge Signale von dem Wechwärter gegeben wurden. Der Heizer des Unfallszuges gab dagegen an, daß die Signale auf freie Fahrt gestanden hätten. Die Frage, ob eine Mehrbelastung des Zupersonals das Unglück verursacht haben könnte, wurde von einem als Zeugen vernommenen Lokomotivführer verneint. Am Verlaufe der Sitzung kamen die Sachverständigen, darunter Geheimrat Bauer von der Technischen Hochschule, Berlin, Professor Gerstenberg, Braunschweig, und Professor Haller, München, zur Abgabe ihrer Gutachten über die Ursache des Unfalls. Danach hat Lokomotivführer Aufseher das Haltsignal überfahren. Der Staatsanwalt beantragte wegen fahrlässiger Transportführung 2½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung der erstellten Untersuchungshaft. Das Urteil lautete auf fünf Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

Die Mähdentagodie am Müggelsee. Großes Aufsehen erregte in Berlin Mitte der gemeinsamen Selbstmord dreier junger Mädchen am Müggelsee. Es handelte sich um die Schwägerinnen Charlotte und Dorothea Heber und ihre Freundin Frieda Schöffow. Die Leiche der Charlotte Heber wurde schon nach zwei Tagen geborgen, die beiden anderen waren trotz aller Suchens bisher nicht gefunden. Am Mittwoch sahen Fischer am Herduser des Müggelsees eine weibliche Leiche treiben. Der Vater erkannte in der Gestalteten seine Tochter Dorothea. Wenige Stunden später wurde eine zweite weibliche Leiche bei Friedrichshagen angetrieben.

Dreifache Muttat einer Berschnähten. Die unverheiratete Biedel in Berlin verletzete Donnerstag früh den Direktor Frau, als er im Auto nach seinem Büro fahren wollte, durch mehrere Pistolenschüsse schwer. Dem Chauffeur schoß die Frau eine Kugel in den Kopf. Sie versuchte dann sich selbst zu erschießen. Alle drei Personen wurden schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Die Frau hat die Tat anscheinend überübt, weil sie geglaubt hatte, daß Frau sie heiraten würde, aber diese Absicht nicht hatte.

Autobahnfall auf Berliner Bankiers. Mittwoch abend wurde auf einer Chaussee im Kreise Ritterbog der Kraftwagen zweier Berliner Bankiers durch zwei über die Chaussee geworfene Pflaumen zum Halt gezwungen. Drei junge Mädchen, die aus dem Unterholz herausgingen, zwangen die Insassen mit gezogenem Revolver zur Herausgabe des Geldes und der Wertpapiere und verschwanden dann im Dunkel des Waldes.

Mimenfischen hatte, eine finstere, vor nichts zurückschreckende Entschlossenheit räumten ihm eine absolute Herrschergewalt ein. Er regierte unumschränkt mit eiserner Strenge. Es waren dunkle Existenzen, die er um sich versammelt hatte. In den glänzenden Livreen der Kammerdiener und den kostbaren Anzügen der Stubenmädchen und Kammerfrauen streckten Männer und Frauen, denen das Innere der Zuchthäuser von Amerika und anderen Kontinenten wohl bekannt war.

Die Testamentseröffnung brachte Sandro Paniani eine große Enttäuschung. Allerdings hatte Robert Mac Kenna seine Nichte Marjorie zur Universalerbin eingesetzt, aber dabei sein Riesenermögen unantastbar festgelegt, so daß Marjorie nur die Nutzung der Zinsen zugute stand, und auch diese Zinsen waren so verknäuelert, daß sie gänzlich unübertragbar waren und nur Marjories Händen ausgeliefert werden konnten. Die jährlichen Zinsen allein bildeten ein nicht unbedeutendes Vermögen, aber Paniani, der in Gedanken mit Mac Kennas Millionen bereits die Welt erobert hatte, raste vor Wut. Am härtesten traf es ihn, daß nach Marjories Tod das ganze ungenutzte Kapital der Stadt Newyork zufiel. Er ließ sofort zu den berühmtesten Rechtsanwälten, aber überall begegnete er einem Abschleppen: das Testament war rechtskräftig und unantastbar, und er hatte nicht die geringste Aussicht, in diesem Fall gegen die Stadt Newyork zu siegen.

Marjorie hatte der Testamentseröffnung ebenfalls in nervöser Spannung beigewohnt, ohne indes die etwas verwinkelte juristische Ausdrucksweise zu verstehen. In ihrem goldenen Käfig — denn das bedeutete für sie die Zimmerflucht, die Paniani ihr zur Verfügung gestellt hatte — zurückgezogen, schickte sie einen Diener zu ihrem Gatten, um ihn zu sich zu bitten.

Dies war das erste Mal, daß sie den Wunsch äußerte, ihren Mann zu sehen. Im übrigen beschränkten sich ihre Veranlassungen auf die Dienerstunde, zu der auch George Tomkins und Mrs. Klinger anwesend waren und zuweilen einige junge Herren der eleganten Welt, die wegen ihres Reichthums und ihrer Extrabagagen berücksichtigt waren und die sich merkwürdig zu Paniani hingezogen fühlten und sich seiner souveränen Ueberlegenheit bewundernd unterordneten. Die junge Frau begegnete diesen reichlich grünen Dandys, die die Marke ihrer vorgetragenen Herren Pappas noch allzu deutlich zur Schau trugen, mit eisiger Zurückhaltung und wahrte nur die Formen der äußeren Höflichkeit. Es wagte sich daher keiner, daß sie Zügel an sie heran, und man war sich darüber einig, daß die Paniani wohl sehr hübsch aber auch hochmütig und langweilig sei. Da war er doch ein ganz anderer Kerl! Und sprach man in der Newyorker Welt von nichts anderem als den nächstlichen Festen im Mac Kennas Palast, wo es die besten Weine und die schönsten Mädchen von Newyork gab, und wo man in einer Nacht ein Vermögen gewinnen oder verlieren konnte. Bis in Marjories entlegene Zimmer drang das Lärmen der Gäste, ihre Lachsalben, Gesang und Gelächter.

(Fortsetzung folgt.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Am Monat März finden im Jugendheim folgende Zahlungen statt:

Kleinrentner am 7. März 1927

A-H 8 1/2—10 Uhr
J-R 10—11 1/2 Uhr
S-Z 11 1/2—1 1/2 Uhr

Sozialrentner am 14. März 1927

A-R 8 1/2—12 1/2 Uhr
S-Z 12—3 1/2 Uhr

Kriegsbeschädigte am 15. März 1927

A-R 8 1/2—9 1/2 Uhr
S-Z 9 1/2—10 1/2 Uhr

Kriegshinterbliebene am 16. März 1927

A-H 8 1/2—12 1/2 Uhr
J-R 12—4 1/2 Uhr

„ 17. März 1927

S-Z 8 1/2—12 1/2 Uhr

Stolp, den 2. März 1927.

Der Magistrat.

Betrifft Aufnahmeprüfung an den höheren und mittleren Schulen.

Die Prüfung und Aufnahme von Schüler (innen) für das Schuljahr 1927/28 findet für die Klasse VI der höheren und mittleren Schulen am Donnerstag, den 31. März, vormittags 9 Uhr statt.

Für die übrigen Klassen der höheren Schulen ist die Aufnahmeprüfung auf Freitag, den 22. April, vormittags 9 Uhr und für die Mittelschulen auf Donnerstag, den 31. März und Freitag, den 22. April 1927, vormittags 9 Uhr festgesetzt.

Vorhergehende schriftliche Anmeldung ist notwendig. Mitzubringen sind: das letzte Schulzeugnis, Geburtsurkunde, Impfschein und Schreibgerät.

Stolp, den 2. März 1927.

Der Magistrat.

Zur Verdingung der Ausführung der Malerarbeiten für die Einrichtung der Berufsschule im alten städtischen Krankenhaus ist Termin auf

Dienstag, den 8. März d. Js., vormittags 10 Uhr im Stadtbauamt, Zimmer 39 des Rathhauses, anberaumt, wo auch die Verdingungsunterlagen ausliegen bzw. gegen Erstattung der Schreibkosten entnommen werden können.

Angebote nebst Vausstoffproben sind post und bestellgeldfrei, verschlossen und gehörig bezeichnet, spätestens zum Termin einzureichen. Später eingehende Angebote werden nicht berücksichtigt.

Zuschlagsfrist 21 Tage.

Stolp, den 2. März 1927.

Der Magistrat.

Ackergeräte

jeder Art

**Düngermühlen
Düngerstreumaschinen
Acker- und Hedericheggen
Ackerschleifen
Breit- und Kleesäemaschinen
Drillmaschinen
Ersatzteile**

Pflugschare

∴ ∴

Streichbleche

etc.

Gustav Denzer Stolp i. Pom.

Eisengleßerei und Maschinenfabrik

Fernsprecher 37.

Fernsprecher 248.

Alfred Grau, Stolp i. Pom.

Fernruf 826 **Lederlager — Techn. Geschäft** Holstentorstrasse 24

Größtes Lager am Platze in

besten Kernleder-Treibriemen

Haarriemen : Baumwollriemen : Hanfriemen

Riemenverbinder aller Art — Holzriemenscheiben — Treibriemenwachs

Maschinen- und Zylinder-Ole

Konsist. Fett — Wagenfett — Lederfett

Asbest- und Dichtungsplatten — Packungen — Putzwolle

Bekleidungsleder Pumpen-Manschetten Möbelleder

Kirchliche Anzeigen.

St. Marien.

Sonntag Invocavit.
Vorm. 10 Uhr: Einsegnung der Konfirmanden.

Sup. Dr. Witte.
Darnach Beichte und Feyer des hl. Abendmahls.

Pastor Bottke.
Kollekte für bed. Stud. der Theol.

1—2 Uhr Spargelbannahme in der Kirche (Turmhalle)

Nachm. 2 Uhr Kinder Gottesdienst in der Kirche.

Pastor Lic. Sieffen.
2 Uhr desgl. im Evangelisationsaal.

Nachm. 3/2 Uhr Taufen in der Sakristei.

Nachm. 4 1/2 Uhr Prüfung der Konfirmanden:

Pastor Spittel.
Nachm. 5 1/2 Uhr Gottesdienst fällt aus.

Montag, 8 Uhr abends Jugendheim Elternabend des Kinder Gottesdienstes (Bilder Vortrag)

Verabschiedungswoche:
Pastor Bottke und Pastor Lic. Sieffen.

Trauungen:

Pastor Bottke.
Tausen und Kommunionen:
Sup. Dr. Witte

Evangelisationsaal
(Arnoldstraße).

Jeden Sonntag nachm. 4 Uhr Jugendbündelstunde u abends 8 1/4 Uhr Versammlung.

Jeden Montag 8 1/4 Uhr abds. Bibelbesprechstunde.

Donnerstag 8 1/4 Uhr abds. Gebetsstunde der landeskirchlichen Gemeinschaft

Ev. kirchl. Blaukreuzverein.

Donnerstag, den 10. März abends 1/28 Uhr: Versammlung in der Aula der Knaben-Mittelschule.

Evang. Jünglingsverein.

Sonntag, den 6. 3. nachm. 5 Uhr Abt. 2 Versammlung.

6 Uhr Abt. 1 Versammlung **Schloßkirche.**

Militärgemeinde.
Vorm. 1/29 Uhr Gottesdienst:

Pastor Gehrke.
Schloßgemeinde.
Nachm. 1/25 Uhr Gottesdienst

Pastor Gehrke.

Kollekte: Für eigene kirchl. Zwecke.

Nachm. 1/26 Uhr Gemeindeversammlung der wahlberechtigten Gemeindeglieder (Art. 22 Abs. 4 der Verf.)

Küblig.
Vorm. 10 Uhr Gottesdienst:

Pastor Gehrke.
Kollekte: Für die Kirche.

1/212 Uhr Kinder Gottesdienst:

Pastor Gehrke.
Donnerstag, den 10. d. Mts. abends 1/27 Uhr Passionsandacht in Ulrichsfelde.

Freitag, den 11. d. Mts. abds. 1/27 Uhr Passionsandacht in Beddin.

St. Johann.
Vorm. 10 Uhr Gottesdienst mit Feyer des heiligen Abendmahls.

Kollekte für bedürftig. Studenten der Theologie.

3/12 Uhr Kinder Gottesdienst, 1 Uhr Tausen:

Pastor Russe.
Donnerstag, den 10. März abends 8 Uhr Passionsandacht.

St. Petri.
Invocavit.
Vorm. 10 Uhr Probier-Superintendent Blathe.
Kollekte für arme Theologie-Studierende.
Nachm. 2 Uhr Kinder Gottesdienst.

Hilfspred. Heltzerhoff.
Abends 8 Uhr Kirchenkonzert des Altst. Kirch. Gesangsvereins unter Mitwirkung von Felix Wöhrst. Fr. Müßig u. Lehrer Kunigk.
Mittwoch, abends 6 Uhr Passionsandacht:

Hilfspred. Heltzerhoff.
Beerdigungen:
Pastor Lamberg.

Trauungen:
Superintendent Blathe.

Zwangsv. Versteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung soll am 3. Mai 1927, vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 2 — versteigert werden das im Grundbuche von Neu-Guhmerow Band II, Bl. 31 (eingetragene Eigentümer am 9. Februar 1927, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: der Landwirt Adolf Wenzlaff in Neu-Guhmerow) eingetragene Grundstück, Wiese und Weide, Gemarkung Neu-Guhmerow, Kartenblatt 2, Parzelle 88.

19, 1,66,38 ha groß
Reinertrag 1,31 Tlr., Grundsteuerrolle Art. 40.

Es ergeht die Aufforderung Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Stolp, d. 21. Februar 1927.
Das Amtsgericht.

Gehalt und Provision.

Wir suchen sehr zuverlässige und gut empfohlene Herren als Vertreter zum Vertriebe eines gut verkäuflichen Artikels. Kapital nicht erforderlich.

Rheinische Handelsges. m. b. H.

Wengerohr — Mosel.

Freibau.

Sonntagvorm. 8 Uhr Verkauf von Rind- und Schweinefleisch.

Die Schlachthofverwaltung.

Stadttheater

Telephon 419.
Freitag, den 4. März abends 8 Uhr

Der Günstling der Zarin
Große Operette in drei Akten von R. Winterberg.

Sonntag, den 6. März nachm. 1/4 Uhr

Zum letzten Mal
„Annemarie“
Operette von Silber.

Preise von 20 Pfg. bis 1 Tlr.
Abends 1/8 Uhr
Der Günstling der Zarin



Zu den Einsegnungstagen gehört das feinste Gebäck auf den Familientisch.



Ich empfehle in bekanntester Qualität:
Sandtorten, Baumtuchen, Erdbeer-, Aprikosen Ananastorten usw. Teegebäck in reicher Auswahl.
Als Spezialität:
Spritztuchen — Pfannkuchen.

Hugo Jahnke

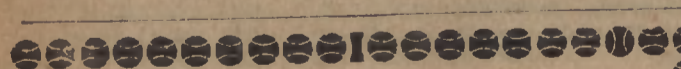
Bäckerei und Konditorei „Am Holstentor“
Holstentorstr. 19 Fernruf 784.
Evtl. Bestellungen erbitte frühzeitig.



Willst Du eine gute Uhr geh zu



Hermann Peine
nur Holstentorstrasse 23.



Wohnhäuser

Ställe und Wirtschaftsgebäude

Feldscheunen

freitragende Hallendächer

Alle Maurer-, Beton- und Zimmerarbeiten führt sachgemäß und billigst aus

Franz Karsten, Zimmermeister
Fernruf 134. Stolp i. Pom. Carlstraße 1/2.